



Impulse gegen Rechtsextremismus

Demokratie braucht Qualität! Gelingensfaktoren für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*

Einleitung

„Demokratie braucht Qualität!“ Ganz im Sinne dieser Einsicht, dass die Demokratiefestigkeit einer Gesellschaft entscheidend vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger abhängt, habe man zu dieser Konferenz geladen, so *Nora Langenbacher*, die das „Projekt Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.

Schließlich brauche „Demokratie Demokrat/innen“, wie es ein viel zitierter Ausspruch Friedrich Eberts auf den Punkt bringt. Dies sei besonders dann und dort unverzichtbar, wo demokratische Werte missachtet, Menschenrechte negiert und die Gleichwertigkeit aller in Frage gestellt werden. Um der Gefahr entgegenzuwirken, die einerseits von der extremen Rechten, andererseits von antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft ausgeht, sei das entschiedene Engagement aller gesellschaftlicher Akteure gefragt. Das kreative Engagement verschiedenster Initiativen und Projekte von Bürger/innen, von Nichtregierungsorganisationen, von Unternehmen und der Politik zeige auf, dass es bereits eine breite erfolgreiche Praxis in der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gibt.

Doch was macht sie aus, die „gute Praxis gegen Rechts“? Welche erfolgreichen Beispiele in den gesellschaftlichen Bereichen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gibt es? Und welche Gelingensfaktoren können wir identifizieren,

* Zusammenfassung einer Konferenz vom 28.6.2010 in Berlin



An der Konferenz nahmen u.a. teil:

- *Sönke Rix, MdB*, Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion
- *Professor Roland Roth*, Hochschule Magdeburg-Stendal
- *Andreas Müller*, Jugendrichter in Bernau
- *Dr. Rainer Erb*, Technische Universität Berlin
- *Ludwig Hoffmann*, Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie
- *Dorte Schaffranke*, Geschäftsführerin CAMINO
- *Susann Rührich*, Projektleiterin des Projekts Sozialkompetenz in der Ausbildung (SKA), Dresden
- *Prof. Dr. Kai-D. Bussmann*, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Halle
- *Helmut Heitmann*, Violence Prevention Network
- *Daniela Kolbe, MdB*, stellv. Sprecherin der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion
- *Jürgen Plän*, Geschäftsführer Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe

die effektives Eintreten für Demokratie fördern oder behindern?

Diesen Fragen widmete sich auch *Prof. Dr. Roland Roth* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Gutachten mit dem Titel „Demokratie braucht Qualität!“. Hier arbeitet er Gelingensfaktoren und Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus heraus und illustriert diese an ausgewählten Praxisbeispielen aus den Bereichen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Auf der Konferenz stellte der Autor diese Publikation zum ersten Mal der Öffentlichkeit vor. Die Inhalte des Gutachtens wurden anschließend mit Expert/innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und den Vertreter/innen der vorgestellten Initiativen guter Praxis diskutiert. Am Abschluss der Konferenz stand ein World-Café der Arbeit gegen Rechtsextremismus (siehe Umschlagrückseite). Die Debatte brachte Aufschluss darüber, wie effektive Arbeit gegen Rechtsextremismus gelingt und was es braucht, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch künftig effektiv weiterzuentwickeln und fortzuführen.

Die Vorträge und Diskussionen der Konferenz sind im Folgenden zusammengefasst.



Vortrag Sönke Rix, MdB

Rechtsextremismus als zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Sönke Rix, Mitglied des Bundestags und Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion, betonte eingangs den hohen Stellenwert einer funktionierenden Demokratie. Die bundesrepublikanische Demokratie sei zwar nicht perfekt –

so wären zum Beispiel mehr Elemente von direkter Demokratie vorstellbar –, doch habe sie sich auf der Basis des Grundgesetzes über 60 Jahre gut bewährt. Rix verwies auf den höchsten Wert unserer Gesellschaft, der in Art. 1 GG festgehalten ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Genau dieser Leitgedanke liege auch dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zugrunde. Denn all diese demokratiebedrohenden Richtungen zielten im Kern darauf, die Würde von Menschen anzutasten, angefangen bei alltäglicher Diskriminierung über tätliche Gewalt bis hin zu Mord: „Unser gemeinsames Ziel muss es deshalb sein, die Würde aller Menschen vor Angriffen zu schützen.“

Nach Auffassung von Rix erfordert der Kampf gegen Rechtsextremismus Anstrengungen in mehreren Handlungsfeldern. Ein Großteil staatlicher Handlungsmöglichkeiten liege im Bereich der „wehrhaften Demokratie“, mit dem Strafrecht als schärfstem Instrument. Allerdings sind staatlicher Repression in einer rechtsstaatlichen Demokratie enge Grenzen gesetzt. Von großer Bedeutung sind nach Rix deshalb insbesondere zivilgesellschaftliche Aktivitäten: „Ohne engagierte Bürger/innen ist kein Staat zu machen.“ Deshalb habe die rot-grüne Bundesregierung ihre Programme gegen Rechtsextremismus so konzipiert, dass die Zivilgesellschaft einbezogen bzw. an vorhandene zivilgesellschaftliche Initiativen angeknüpft wurde: „Die wichtigste Botschaft dieser Programme war, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus von allen geführt werden muss, aber auch von allen geführt werden darf.“ Nach Ablauf der ersten Förderphasen legte die Große Koalition 2007 zwei neue Programme im Kampf gegen Rechtsextremismus auf: „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“. Die in diesem Rahmen entstandene Infrastruktur für Demokratie stelle einen Erfolg dar, der bezüglich der Anstrengungen gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von unschätzbarem Wert ist.

Es sei allerdings schwierig, die Qualität bzw. die konkreten Erfolge der bisherigen Programme gegen Rechtsextremismus zu dokumentieren bzw. gar zu messen, da kaum belastbare Zahlen zur Verfügung stehen und dieses methodisch nicht einfach sei. An einigen Punkten lasse sich jedoch in jedem Fall dazulernen: Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass eine zeitliche Befristung von Projekten die Arbeit gegen Rechtsextremismus häufig erschwere. Die grassierende „Projektitis“ zerstöre oftmals jahrelang erfolgreich aufgebaute Strukturen, die dann wieder mühsam neu errichtet werden müssen. Ziel sollte deshalb eine nachhaltigere Förderung von Struk-

turen sein: „Es muss deutlich werden, dass es eine kontinuierliche, dauerhafte Aufgabe bleibt, diese Demokratie zu schützen.“ Der Gesetzgeber habe die Aufgabe, die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Als Unterstützung und Ergänzung einer kontinuierlichen Förderung schlug Rix die Einrichtung eines Stiftungsmodells für Demokratie vor. Deren Realisierung sei derzeit jedoch leider nicht absehbar, da die Bundesregierung gegenwärtig einen anderen Weg verfolge, indem sie die Programme gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus zusammenlegen möchte. Eine solche Verbindung lehnt Rix ab, da die inhaltlichen und strukturellen Unterschiede der verschiedenen Phänomene zu gravierend seien.

Am Ende betonte Rix, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und einer starken Demokratie bedarf: „Wir brauchen in erster Linie eine Zivilgesellschaft, die an Vernunft und an die Vorzüge der Demokratie glaubt. Je stärker die Zivilgesellschaft, umso schwerer haben es die Rechtsextremen, eigene Strukturen aufzubauen.“ Diesen Zusammenhang untermauerte er mit einem Zitat aus einem Strategiepapier des „weltoffenen Sachsen-Anhalts“: „Gelebte Demokratie ist die beste Rechtsextremismusprävention.“ Die SPD-Fraktion werde sich auch künftig dafür einsetzen, dass die gegen Rechtsextremismus Engagierten ihre erfolgreiche Arbeit vor Ort fortsetzen können.



Vortrag Prof. Dr. Roland Roth

Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus

Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal stellte sein Gutachten „Demokratie braucht Qualität!“ vor, in dem er anhand von Beispielen guter Praxis

aus den gesellschaftlichen Bereichen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft Gelingensfaktoren und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus herausgearbeitet hat.*

Zu Beginn bezog sich Roth auf einen Gedanken des SPD-Politikers Peter Glotz: Dieser hatte bereits im Jahr 2000 darauf aufmerksam gemacht, dass Rechtsextremismus in Deutschland nicht nur das Problem einer kleinen Minderheit ist. Die Anfälligkeit für rechtsextreme Vorstellungen betreffe vielmehr große Teile der Bevölkerung. Deshalb bedürfe es auch einer umfassenden Gesamtstrategie, um Rechtsextremismus erfolgreich zu bekämpfen.

Daran anknüpfend verwies Roth darauf, dass man sich gegenwärtig in einer „sehr fragilen Situation“ befinde, da das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen der Demokratie und deren Leistungsfähigkeit deutlich gesunken ist. Zudem sei in weiten Teilen der Bevölkerung eine große Bereitschaft festzustellen, Minderheiten für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen. Diese rechtsextremen Einstellungen in einer „nicht springerstiefel-mäßigen Form“ reichten bis in die Mitte der Gesellschaft und die politische Klasse hinein. Um solchen Tendenzen wirksam begegnen zu können, sei man immer noch auf der Suche nach dem – schon von Glotz geforderten – integrierten Konzept. Das Gutachten verstehe sich als Beitrag zu dieser Debatte.

Als zentrale Ziele des Gutachtens benannte Roth:

Erstens soll deutlich gemacht werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine gesellschaftliche Daueraufgabe ist. Für alle Ansätze guter Praxis sei eine kontinuierliche Förderung sehr wichtig, da es langer Zeiträume bedarf, in denen sich Engagement gegen Rechtsextremismus entwickeln und nachhaltige Wirkungen entfalten kann.

Zweitens unterstreicht die Publikation die besondere Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Gegenwehr bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus sei oftmals unbekannt und wenig gewürdigt, verdiene also ein Mehr an Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Drittens liefern die Ausführungen einen Beitrag zur Qualitätsdebatte. Basis sei ein „Alltagsverständnis von Qualität“, nämlich ob es den Initiativen und Projekten in den jeweiligen Bereichen gelungen ist, nachvollziehbare Wirkungen zu erzielen. Da konkrete Erfolge nicht bereits nach kurzer Zeit messbar sind, müsse Wirkung längerfristig betrachtet werden.



Die im Gutachten dargestellten Beispiele gesellschaftlichen Engagements für Demokratie und gegen Rechtsextremismus stellen exemplarische Strategien guter Praxis dar. Mit dieser Zusammenschau werden Gelingensfaktoren und Handlungsoptionen identifiziert, die Mut machen und zum praktischen Handeln anstiften sollen.

Gute Praxis bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus
In seinem Vortrag stellte Roth einige Projekte sowie die wichtigsten Gelingensfaktoren in den drei Handlungsfeldern Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vor.

Handlungsfeld Staat

Im Handlungsfeld Staat untersuchte Roland Roth vier Ansätze repressiver Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Im ersten Beispiel steht das Ausschöpfen der rechtlichen Möglichkeiten im Vordergrund: Die Polizeidirektion im bayerischen Passau nutzte unter ihrem Leiter Alois Mannichl bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus „kreativ und hartnäckig“ das Versammlungsrecht. Allerdings wurden bei dieser Strategie die Ambivalenzen eines alleinigen Einsatzes polizeilich-repressiver Mittel deutlich, da sich eine Eskalationsdynamik entwickelte.

Dagegen wird im Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg nicht nur auf repressive Mittel gesetzt, sondern das Konzept einer aufsuchenden Polizeiarbeit verfolgt, indem die Polizei präventive Funktionen übernimmt (von Bildungsarbeit bis zu interkulturellen Initiativen). Die Polizeidirektion hat ein vielschichtiges Präventionsprogramm gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entwickelt, das nun gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren umgesetzt wird.

Ein weiteres positives Beispiel stellt die Gerichtsarbeit des Jugendrichters Andreas Müller am Amtsgericht Bernau in Brandenburg dar. Müller konnte mit beschleunigten

Strafverfahren, konsequenten Urteilen und ungewöhnlichen Bewährungsauflagen (z.B. Verbot von Springstiefeln, Besuch einer Moschee) in wenigen Jahren dazu beitragen, dass die Gewalttätigkeit der lokalen rechtsextremen Szene in der Region zurückgedrängt wurde.

Schließlich wird im Handlungsfeld Staat der Ansatz des Vereins Violence Prevention Network e.V. in Brandenburg vorgestellt, der auch staatlich unterstützt wird: Pädagog/innen arbeiten mit jugendlichen, rechtsextrem motivierten Straftäter/innen in der Haft, um erfolgreiche Ausstiege von Rechtsextremen und Sensibilisierungsprozesse im Strafvollzug zu initiieren. Im Rahmen einer „Verantwortungspädagogik“ wird eine biografisch orientierte Bildung angestrebt, die auf Erkenntnisprozessen durch Reflexion und Empathie basiert.

Handlungsfeld Zivilgesellschaft

Im Handlungsfeld Zivilgesellschaft hat sich das Konzept der Mobilen Beratung im letzten Jahrzehnt als Standardangebot bewährt. Roth stellte zwei erfolgreiche Beratungseinrichtungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung vor: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur e.V., das sich auf die Beratung zivilgesellschaftlicher Akteure und die Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien konzentriert. Das Mobile Beratungsteam (MBT) „Ostkreuz“ in Berlin gehört zur Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ und verfolgt einen Ansatz der Demokratieförderung. Die praktische Arbeit zielt auf die moderierende Unterstützung von Verständigungsprozessen im Gemeinwesen (wie z.B. im Moscheebau-Konflikt).

Einen beispielhaften Beitrag zum Abbau religiös grundlegender Vorurteile, die auch rechtsextreme Weltbilder prägen, leistet das interreligiöse Projekt des Abrahamhauses in Stuttgart (zuvor in Denkendorf), Baden-Württemberg:

Die Einrichtung eines lebendigen Dialogs zwischen Christen, Muslimen und Juden wird als langfristige Gegenstrategie verfolgt, die durch Verständnis und Anerkennung anderer Religionen das demokratische Potenzial einer Gemeinschaft stärkt.

Roth berichtete auch über den „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA)“, der Bildungsarbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen leistet. Die zentralen Ziele der langfristig angelegten Integrationsarbeit sind Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung; methodisch werden dabei Elemente von Streetwork, Einzelfallhilfe, Projektangeboten und Gemeinwesenarbeit kombiniert.

Das letzte Beispiel im Handlungsfeld Zivilgesellschaft ist das Bürger-Bündnis „Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“ in Sachsen-Anhalt, das sich in seiner Region für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert. Seit knapp einem Jahrzehnt versuchen die Bürger/innen mit vielfältigen Aktionen und Angeboten die lokale politische Kultur zu zivilisieren (z.B. durch Unterschriftensammlungen, symbolische Aktionen gegen NPD-Demonstrationen).

Handlungsfeld Wirtschaft

Unternehmen verfügen über eine breite Palette von Handlungsmöglichkeiten. Roth stellte zunächst ein Beispiel vor, das die Einflussmöglichkeiten durch Gewerbetreibende und Konsument/innen im lokalen Umfeld zeigt. Die Aktion „Servicewüste für Nazis“ in Berlin-Friedrichshain der „Initiative gegen Rechts“ zielt darauf, dass zum einen die ansässigen Gewerbetreibenden rechtsextrem auftretenden Kund/innen ihre Leistung verweigern (z. B. über Boykott-Aktionen) und zum anderen die Ansiedlung von Geschäften mit rechtsextremer Ausrichtung verhindert wird.

Einige Unternehmen engagieren sich gegen rechtsextreme Tendenzen und für Toleranz und Vielfalt, indem sie in einer kulturell heterogenen Belegschaft Vielfalt und Respekt als Leitwerte der Firmenkultur fördern. Als vorbildliches Beispiel nannte Roth das Familienunternehmen Freudenberg, das hier – auch mit seiner Firmenstiftung – auf vielfältige Weise aktiv ist. Nachahmenswert könnte zum Beispiel das Managertraining der Unternehmensleitung sein, das auf einem Konzept der „gelebten Demokratie“ basiert.

Zudem hob Roth das innovative Bildungsprojekt „Sozialkompetenz in der Ausbildung“ (SKA) hervor, das von den Kammern IHK und HWK sowie dem DGB Sachsen und

seinen Regionen getragen wird und z. B. Projektstage des „Netzwerkes für Demokratie und Courage“ in die berufliche Bildung integriert und weiterentwickelt. Der hier verfolgte Ansatz zur Förderung von Sozialkompetenz hat sich als erfolgreiche Präventionsstrategie bei Demokratiedefiziten erwiesen.

Oft sind es schockierende Vorkommnisse, die Engagement gegen Rechtsextremismus auslösen. Im Fall des Unternehmens ArcelorMittal Eisenhüttenstadt, das zum weltgrößten Stahlkonzern gehört, wurde eine fremdenfeindlich motivierte Gewalttat von Auszubildenden zum Anlass, in der Region aktiv zu werden und eine Unternehmenskultur für Respekt und Vielfalt zu etablieren.

Auch die „Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe“ in Brandenburg entstand als Reaktion auf eine schockierende Gewalttat. Der Mord an einem jugendlichen Spätaussiedler im brandenburgischen Wittstock/Dosse führte dazu, dass sich im nahegelegenen Kyritz örtliche Unternehmen und Politik zusammenschlossen und unter Einbindung aller relevanten Akteure der Region („Netzwerk Spätaussiedler“) damit begannen, eine gezielte Zuwanderungs- und Integrationspolitik zu betreiben.

Gelingensfaktoren guter Praxis

Jedes Kapitel der dargestellten guten Praxis endet mit einem „Kriterienkatalog“ aus Gelingensfaktoren, die als Merkmale bzw. Voraussetzungen für „gute Arbeit gegen Rechts“ identifiziert werden konnten. Diese waren anschließend Grundlage der Diskussionen in den Arbeitsgruppen entlang der Handlungsfelder. Die Gelingensfaktoren sind nur stichpunktartig wiedergegeben – detaillierte Ausführungen hierzu finden sich im Gutachten.

Handlungsfeld Staat

- Verpflichtung gegenüber den (potenziellen) Opfern,
- Verhinderung von „Angsträumen“,
- Strafverfolgung mit demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln,
- Schaffen von freiwilligen Angeboten und positiven Anreizen für den Ausstieg von Täter/innen, Thematisierung rechtsextremer Motive,
- Vermeiden von Märtyrerfiguren und anderer Effekte, die zur Mobilisierung von Anhänger/innen der extremen Rechten beitragen,
- Zivilgesellschaftliche Öffnung polizeilicher Praxis,
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren,
- Entwicklung von gemeinsamen Leitlinien und Leitbildern der verschiedenen staatlichen Institutionen.

Handlungsfeld Zivilgesellschaft

- Stärkung der aktiven Bürgerschaft,
- Anerkennung von Pluralität als Quintessenz bürger-schaftlicher Politik,
- Engagement für eine inklusive Bürgergesellschaft,
- Ermöglichen von religiöser Vielfalt,
- Einfordern und Praktizieren von Zivilität,
- Herstellen von Öffentlichkeit und Transparenz,
- Wahrnehmen von Fehlentwicklungen und Förderung der Fähigkeit zur Selbstkorrektur,
- Entwicklung von Beziehungen zu Staat und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe,
- Verstärkte externe Unterstützung demokratisch „schwacher“ Zivilgesellschaften,
- Aufbau einer eigenständigen professionellen Infrastruktur.

Handlungsfeld Wirtschaft

- „Null Toleranz!“ – Konsequentes Vorgehen gegen fremdenfeindliche Äußerungen und diskriminierende Haltungen von Mitarbeiter/innen,
- Unterstützung einer wertschätzenden Vielfalt im Betrieb,
- Willkommenskultur für Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund und internationale Unternehmen,
- Einbettung betrieblicher Strategien in das Gemeinwesen,
- Bildung, Ausbildung und Weiterbildung als zentrale Felder für eine Politik der Vielfalt,
- Verknüpfung von überregionalen Vernetzungen und konkreten Handlungsansätzen,
- Unterstützung einer positiven Antidiskriminierungsinitiative der Unternehmen,
- Einbeziehen von Kund/innen und NGOs in eine Politik der Vielfalt,
- Partnerschaften zwischen Unternehmen und NGOs.

Empfehlungen für die weitere Auseinander- setzung mit dem Rechtsextremismus

Mit Blick auf die zu gestaltende Fortführung der bundespolitisch geförderten Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus griff Roth drei zentrale Punkte heraus, die ihm besonders bedeutend erscheinen:

1. Bundesprogramme fortführen und durch vielfältige Instrumente ergänzen

Die Bundesprogramme seien (symbolisch und praktisch) wichtig und sollten in jedem Fall fortgesetzt werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus müsse aber kontinuierlich auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Instrumenten geführt werden. Man dürfe nicht der Illusion verfallen, dass das Problem Rechtsextremismus allein mit staatlichen Programmen gelöst werden könne: Rechtsextremismus sei eben nicht auf die in den Medien präsenten, gewaltbereiten Randgruppen beschränkt, sondern durchziehe als Einstellung weit größere Teile der Bevölkerung. Dieser Tatsache müsse mit entsprechend differenzierten Strategien begegnet werden.

2. Integriertes Konzept verfolgen und Antidiskriminierungspolitik umsetzen

Notwendig sei ein integriertes Konzept, das eine konsequente Antidiskriminierungspolitik einschließt. Diskriminierende Strukturen (z. B. im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt) müssten erfasst und bekämpft werden. Alltägliche, vorurteilsgeladene Diskriminierung sei zwar nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen, doch leiste sie „sehr viel an Zuarbeit und Verständnis“.

3. Vitalisierung der Demokratie durch mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten

Entscheidend sei eine „Vitalisierung der Demokratie“. Als sehr problematisch betrachtet Roth das sinkende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen und in die Politik, ebenso ihre schwindende Zuversicht,





politisch Einfluss nehmen zu können. Diese Entwicklung führe zu einer gefährlichen „Aushöhlung“ der Legitimation demokratischer Institutionen. Die „Elemente gelebter Alltagsdemokratie“ sollten deshalb verstärkt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten haben, ihr Gemeinwesen mitzugestalten.

Parallele Diskussionsforen

Unser Beitrag, unsere Bilanz – Kommentare aus der Praxis

Anschließend verteilten sich die Konferenzteilnehmer/innen auf drei parallele Foren. Dort wurde zunächst die im Gutachten dargestellte gute Praxis gegen Rechtsextremismus an Einzelbeispielen veranschaulicht, dann wurden die von Roth herausgearbeiteten Gelingensfaktoren mit Vertreter/innen aus Wissenschaft, Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft diskutiert.

Diskussionsforum Staat

Als ein Vertreter der im Gutachten vorgestellten „guten Praxis“ aus dem Handlungsfeld Staat berichtete *Andreas Müller, Jugendrichter in Bernau* (Brandenburg), von seiner Arbeit gegen Rechtsextremismus. Müller hat an seinem Gericht ein beschleunigtes Strafverfahren für rechts-extrem motivierte Gewalttäter/innen etabliert. Um Lernprozesse in Gang zu setzen, bekamen manche Straftäter/innen zudem die Auflage, in pädagogischer Begleitung KZ-Gedenkstätten zu besuchen. Müller betonte zwei Gelingensbedingungen, die bei der Strafverfolgung rechtsextremer Jugendlicher von großer Bedeutung sind: Der Staat müsse rasch reagieren und es sollte eine pädagogische Begleitung der jugendlichen Straftäter/innen stattfinden. Vor allem bei Jugendlichen sei eine „vernünftig ausgeübte Repression“ sinnvoll, da junge Menschen

meist Gefängnis- und höhere Geldstrafen scheuten. Daraus entstehe ein wichtiger Abschreckungseffekt. Die Strafe dürfe allerdings nicht übermäßig hart sein. Wichtig sei auch die Einbettung in zivilgesellschaftliches Engagement: Müllers richterliche Praxis entfaltete seine Wirkungen insbesondere in Kombination mit der zivilgesellschaftlichen Initiative „Tolerantes Brandenburg“. Als Müller seine Tätigkeit als Richter in Bernau begann, war dort Straßengewalt an der Tagesordnung. Heute sind es in erster Linie Propagandadelikte, während die rechtsextremen Gewalttaten stark zurückgegangen sind.

Die im Gutachten dargestellten Beispiele zeigen, dass engagierte Demokrat/innen viel bewirken können, so *Dr. Rainer Erb* vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Im Bereich staatlichen Handelns sei das Strafrecht das zentrale Instrument, doch gebe es auch wichtige Möglichkeiten des Zivil- und Verwaltungsrechts (z. B. stellen Ordnungsstrafen eine erhebliche Belastung dar) sowie der Gewerbeaufsicht und der Steuerfahndung beim Online-Versand von CDs und Kleidung. Allerdings könne staatliche Repression allein das Problem Rechtsextremismus nicht grundsätzlich lösen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei eine gesellschaftliche Daueraufgabe. Deshalb seien Maßnahmen wie Runde Tische vor Ort, Demokratieerziehung und politische Bildung wirkungsvoller als Verbote. Auch ein NPD-Verbot würde die Partei nur kurzfristig treffen und könnte sogar zu einer Dynamisierung der rechtsextremen Szene führen, da politische Überzeugungstäter/innen bei Organisationsverboten nach bisheriger Erfahrung dann in anderen Strukturen weiter arbeiten. Auch Erb betonte die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft: Für Rechtsextremist/innen sei staatliches Handeln kalkulierbarer als das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure, die häufig kreativer und auch mit Methoden des zivilen Ungehorsams (z. B. Blockaden) agieren, was auf die rechte Szene ab-



schreckend wirke. Erb merkte kritisch an, dass öffentliche Äußerungen von Politiker/innen mit fremdenfeindlichen Untertönen viel an interkultureller praktischer Arbeit zerstören und sich negativ auf das gesellschaftliche Klima auswirken können. Aber umgekehrt sei ihr Einsatz für entsprechende Programme als Ermutigung, die zur Stellungnahme auffordere, wichtig.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der Staat erhebliche Handlungsspielräume bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat, es jedoch der Ausschöpfung dieser Möglichkeiten bedarf. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Zusammenwirken von staatlichen Aktivitäten mit der Zivilgesellschaft.

Diskussionsforum Wirtschaft

Susann Rüttrich, Leiterin des Projekts „Sozialkompetenz in der Ausbildung“ (SKA) in Dresden, gab einen Einblick in die Berufsbildungsarbeit mit Jugendlichen in Sachsen – ein weiteres Beispiel für gelungene Ansätze aus dem Gutachten. Wichtige Gelingensfaktoren sind für Rüttrich, dass das Projekt über ein Team hoch motivierter und kompetenter Ehrenamtlicher verfügt und mit einem breiten Netzwerk an Partnerinstitutionen (Gewerkschaften, Kammern, Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen) zusammenarbeitet. Der Erfolg sei allerdings auch von den politischen Rahmenbedingungen abhängig. Für das Handlungsfeld Wirtschaft hob Rüttrich folgende Punkte aus dem Roth-Gutachten als besonders wichtig hervor: Null-Toleranz gegenüber diskriminierenden und fremdenfeindlichen Äußerungen in Unternehmen (und hier insbesondere die Bedeutung innerbetrieblicher Vorbilder, z.B. des Meisters/der Meisterin), eine Unternehmensphilosophie der wertschätzenden Vielfalt sowie ein soziales Betriebsklima im Unternehmen, ein entsprechendes Angebot an inner- und außerbetrieblichen Weiterbildungen sowie Partnerschaften mit anderen Unternehmen, NGOs und Kommunen.

Nach Ansicht von *Prof. Dr. Kai-D. Bussmann* von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Halle müssten Unternehmen verstärkt zur Kenntnis nehmen, dass Anti-Diskriminierung bzw. Wertschätzung von Vielfalt auch ein wichtiger Standortfaktor für eine Region ist. Die neuen Länder hätten zum Beispiel im Bezug auf Fremdenfeindlichkeit ein massives Imageproblem, was nicht nur ausländische Investoren, sondern auch hochqualifizierte Arbeitskräfte abschrecke. Bussmann provozierte Widerspruch mit seiner These, Wirtschaftsunternehmen seien nicht per se an der Lösung sozialer Probleme, sondern vor allem an optimalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interessiert. Deshalb es sehr wichtig, Unternehmen den ökonomischen Vorteil von Toleranz und Vielfalt zu vermitteln. Dagegen wurde aus dem Publikum kritisch eingewendet, dass das „Verkaufen“ von Integration als gewinnsteigernd die Gefahr bringe, Migrant/innen je nach wirtschaftlicher Nützlichkeit in zwei Klassen zu unterteilen. Bussmann stellte klar, dass Unternehmen natürlich grundsätzlich ein generelles Interesse an sozial und interkulturell kompetenten Mitarbeiter/innen entwickeln und entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote bereitstellen sollten.

In der anschließenden Diskussion wurde beklagt, dass in vielen Unternehmen Vielfalt und Toleranz noch zu wenig oder gar nicht aktiv gefördert und rechtsextremes Gedankengut nicht offensiv bekämpft wird. Hier bestehe noch deutlicher Aufklärungs- und Handlungsbedarf.

Diskussionsforum Zivilgesellschaft

Das Bürger-Bündnis „Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“ in Sachsen-Anhalt ist ein Beispiel guter Praxis, das *Ludwig Hoffmann* vorstellte, dessen Schirmherrschaft er als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode übernommen hatte. Das Bürger-Bündnis ist ein informeller Zusammenschluss von Bürger/innen, die sich für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremis-

mus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Es wurde gegründet, um sich gegen ausländerfeindliche Übergriffe zu wehren. Hoffmann benannte wichtige Gelingensfaktoren des Bündnisses: eine hohe Mobilisierung von Bürger/innen, ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Kräften, eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien, Unterstützung durch die Presse, hohe Akzeptanz seitens der örtlichen Verwaltungen, Polizei und Politik, ein kommunales Konzept mit Bürgerbeteiligung und die Durchführung zahlreicher öffentlichkeitswirksamer Aktionen (Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Feste etc.). Obwohl die rechtsextremen Aktionen in der letzten Zeit zurückgegangen sind, bleibe es wichtigste Aufgabe des Bürger-Bündnisses, deutlich zu machen, dass die besseren Argumente für die Demokratie sprechen.

Dorte Schaffranke, Geschäftsführerin von CAMINO – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, sprach über die Fortschritte, die bei Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus erreicht werden konnten. Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“, das dem strukturierten Aufbau von bundesweiten Beratungnetzwerken gegen Rechtsextremismus dient, sei eine zunehmende Professionalisierung der Infrastruktur erfolgt. In jedem Bundesland gibt es inzwischen eine Landeskoordinierungsstelle sowie mobile Interventionsteams. Laut einem Evaluationsbericht von CAMINO (2009) sind die Beratungsangebote überwiegend erfolgreich durchgeführt worden, was an folgenden Ergebnissen festgemacht wird: deutliche Sensibilisierung der Akteure und

Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit, hohe Zufriedenheit der Beratungsnehmer/innen, steigende Professionalisierung durch zunehmende Expertise der Berater/innen im Themenfeld sowie ein breites Maßnahmenrepertoire, Weiterentwicklung der Beratungsprozesse durch Evaluation mit anschließender Korrektur, Unterstützung bei der Entwicklung von Netzwerken.

In der Diskussion wurde betont, dass Demokratieförderung im Kontext gestärkt und gefördert werden müsse, da darin die Bekämpfung von Rechtsextremismus eingeschlossen sei. Zudem sollte eine sensibilisierte Medienberichterstattung aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Gelingensfaktor im Handlungsfeld Zivilgesellschaft ergänzt werden.

Fishbowl-Debatte

Nächste Schritte im Engagement gegen Rechts – Neue Wege für/zur Demokratie?

Um einen möglichst intensiven Austausch über zukünftig anstehende weitere Schritte für Demokratie und gegen Rechts zwischen Wissenschaft, Politik und verschiedenen Vertreter/innen der Praxis zu ermöglichen, wurde die Diskussionsmethode der Fishbowl-Debatte gewählt.

In der von Lorenz Korgel, dem Koordinator des Berliner Beratungsnetzwerks moderierten Runde waren stets zwei Stühle für weitere Teilnehmer/innen reserviert, die sich engagiert in die Diskussion einbringen konnten.



Als „permanente“ Diskutant/innen gehörten dem Fishbowl an:

Helmut Heitmann, Violence Prevention Network e.V., Berlin

Daniela Kolbe, MdB, Stellv. Sprecherin der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion

Kathleen Kollwe, Personalreferentin bei ArcelorMittal aus Eisenhüttenstadt

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal

Welche Faktoren begünstigen gute Praxis? Woran messen wir Erfolge?

Helmut Heitmann vom Violence Prevention Network (VPN) e.V. verdeutlichte den Ansatz des Vereins. Pädagogische Fachkräfte arbeiten im Strafvollzug mit jugendlichen, rechtsextrem motivierten Straftäter/innen entlang ausgewählter Aspekte wie Biografie/Radikalisierung, Tataufarbeitung, Opferperspektive, Cliquendynamik, Begleitung nach der Entlassung. Auf diese Weise sollen biografische Lernprozesse und lebenspraktische Alternativen jenseits gewaltbereiter und extremistischer Milieus ermöglicht werden. Als wichtige Gelingensfaktoren nannte Heitmann: reflektierte Professionalität der Mitarbeiter/innen (Aus- und Weiterbildung), ausreichend Zeit und Fehlerfreundlichkeit, Einbezug des Umfeldes bzw. von

Ankerpersonen und Begleitung nach der Entlassung sowie eine auf Freiwilligkeit beruhende Beziehung der Jugendlichen zu den Pädagog/innen. Den Erfolg dieser Arbeit bestätigen eine deutliche Senkung der Rückfallquote, der „Export“ des Modells in andere Bundesländer bzw. Jugendvollzüge, eine höhere Sensibilität für diese Thematik sowie die Vorbereitung des Ausstiegs von Jugendlichen.

Kathleen Kollwe, Personalreferentin des Unternehmens ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt, betonte als zentralen Erfolgsfaktor eine gefestigte, partizipativ angelegte Unternehmenskultur, die einen starken Betriebsrat und eine Jugendauszubildendenvertretung umfasst. Die Partizipation der Mitarbeiter/innen sei entscheidend, um sie für einen gemeinsamen „Spirit“ der Unternehmenskultur zu begeistern, die von Toleranz und gegenseitiger Wertschätzung getragen ist. Unverzichtbar sei dabei, dass die Geschäftsführung die partizipative Ausrichtung unterstützt, indem sie diese zur „Chefsache“ macht, sich deutlich positioniert und konkrete Initiativen anschiebt. Zudem sei eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung notwendig. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielen für Unternehmen das wirtschaftliche Argument: Im Zuge der Globalisierung könne ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn der Standort attraktiv gehalten und unternehmensintern eine umfassende Toleranzförderung betrieben wird.





Wie weiter im Kampf gegen Rechts? – Anregungen und Vorschläge

- **Verstetigung erfolgreicher Ansätze und Projekte**
Daniela Kolbe, MdB, appellierte, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus an die positiven Entwicklungen und vielversprechenden Ansätze anzuknüpfen. So sollten zum Beispiel die lokalen Aktionspläne verstetigt werden, die zu guter Vernetzung und Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Stadtverwaltung bzw. Landräten und zu gegenseitigen Lernprozessen geführt hätten. Viele Projekte, die ursprünglich zur Bekämpfung von Rechtsextremismus initiiert wurden, hätten sich in langfristige Demokratieprojekte verwandelt, die der nachhaltigen Demokratieerziehung und -bildung dienen.
- **Innovative, kleine Initiativen in „integriertem Gesamtkonzept“ ermöglichen**
 Nach Kolbe sollte die Förderpolitik neben großen, langfristigen und etablierten (größtenteils staatlichen) Projekten auch kleinen Akteuren und Initiativen Chancen einräumen. Ein „integriertes Konzept“ zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müsse verschiedene Ansätze und Strukturen kombinieren.
- **Erfahrungswissen verfügbar machen**
 Kolbe unterstrich die große Professionalität und das Wissen der Mitarbeiter/innen in vielen Projekten, das nicht ungenutzt bleiben sollte. Sinnvoll könnte deshalb die Einrichtung eines Kompetenzzentrums sein, in dem das Know-how der Praxis gesammelt und anderen Akteuren verfügbar gemacht wird.
- **Konsequente Antidiskriminierungspolitik verfolgen**
 Als großes Defizit bezeichnete Roth, dass den alltäglichen Diskriminierungen noch nicht ausreichend mit politischen Maßnahmen begegnet werde. Die gegenwärtige Bundesregierung weigere sich, diese Problematik überhaupt wahrzunehmen. Eine konsequente Antidiskriminierungspolitik sei jedoch von großer Bedeutung.
- **Aktive Bürgerschaft stärken**
 Um eine Demokratie lebendig zu gestalten, ist es nach Roth unverzichtbar, dass sich alle Bürger/innen beteiligen können. In Deutschland fehle es aber vielen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Obdachlosen, Armutsbevölkerung) an einer eigenen Stimme und (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten sowie an Organisationen, die deren Interessen vertreten und einbringen: „Es wäre eine wichtige Demokratieinitiative, diese schwachen Gruppen mit einer eigenen Stimme auszustatten, damit sie ihre Agenda setzen können“, so Roth. Insgesamt sei die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen ein wichtiges Element zur Demokratieentwicklung; hier sei mit (Zivil)Courage und Gemeinsinn auch vieles ohne finanzielle Förderung möglich.
- **Demokratieerziehung intensivieren**
 Verschiedene Teilnehmer/innen betonten die große Bedeutung der Demokratieerziehung für eine „gelebte Alltagsdemokratie“. Kinder und Jugendliche sollten bereits frühzeitig – in Kita und Schule – beteiligt werden und ihre Wünsche und Interessen einbringen können. Roth merkte an, dass hier bereits gute Ansätze vorhanden sind, an die angeknüpft werden könne, beispielsweise im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Demokratie lernen und leben“ (z. B. Schulräte, Projekträte, Fortbildungen von Schüler/innen für Lehrkräfte).



World-Café der guten Arbeit gegen Rechtsextremismus

Ein abschließendes „World-Café der guten Arbeit gegen Rechtsextremismus“ informierte über konkrete Beispiele guter Praxis und gab Gelegenheit zum informellen Austausch in kleineren Kreisen. Folgende „Tischgastgeber/innen“ bzw. Organisationen nahmen daran teil:

- *Dr. Peter Beckers*, Stellv. Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat, Friedrichshain-Kreuzberg, „Servicewüste für Nazis“, Berlin
http://www.initiative-gegen-rechts.de/resources/mappe_gewerbe.pdf
- *Christina Büttner*, Mitarbeiterin des Thüringer Hilfsdienstes für Opfer rechtsextremer Gewalt, Jena
<http://www.opferhilfsdienst.de/cms/>
- *Dr. Stephan Bundschuh*, Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserarbeit (IDA), Düsseldorf
<http://www.idaev.de/>
- *Carl Chung*, Leiter des Mobilen Beratungsteams Ostkreuz
http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_ostkreuz.html
- *Dr. Julia Dünkel*, Koordinatorin der TOLERANZ-Grenze, Pöbneck
- Klaus Hinderer, Sprecher der Polizeidirektion Waiblingen
- *Bianca Klose*, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
<http://www.mbr-berlin.de/>
- *Kathleen Kollwe*, Personalreferentin ArcelorMittal Eisenhüttenstadt
- *Isabell Stewen*, Streetworkerin bei VAJA – akzeptierende Jugendarbeit, Bremen
<http://www.vaja-bremen.de/>
- *Meinhard Tenné*, Jüdischer Vorstandssprecher des Vereins „Haus Abraham e.V.“
<http://www.haus-abraham.de/>
- *Martin Ziegenhagen*, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin

Zur Autorin:

Dr. Angela Borgwardt ist Politologin und arbeitet als freie wissenschaftliche Publizistin und Redakteurin, u. a. zu den Themen Demokratieförderung, Machtanalyse, soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Konflikte.

- * Das Gutachten **„Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus“** finden Sie auch online unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf>.

Das Projekt **„Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de oder erhalten Sie gerne bei Nora Langenbacher (Nora.Langenbacher@fes.de).

Dieses Projekt wird gefördert aus Mitteln der DKL-B-Stiftung.